

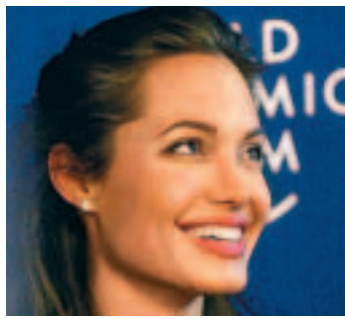
**MIGROS AARE** Der «Querdenker» Beat Zahnd tritt am 1. Juli als neuer Chef die Nachfolge von Herbert Bolliger an. Seite 39

# WIRTSCHAFT

**MILLIARDENPOKER** Procter & Gamble will für 57 Milliarden Dollar den Gillette-Konzern erwerben. Seite 42

## IMAGEPFLEGE

### Die beste Party in Davos



Tischnachbarin **Angelina Jolie**. K

Am Abend verwandelt sich Davos während des Jahrestreffens des WEF in ein riesiges Festgelände. Die grossen Firmen und das WEF selber laden Geschäftspartner, Wissenschaftler, Politiker und Medienvertreter ein. In den besseren Hotels ist jeder Platz ausgebucht.

An diesen Anlässen werden keine Geheimgespräche geführt, wie die WEF-Kritiker immer wieder behaupten. Es sind ganz einfach PR-Veranstaltungen, welche das Image des Gastgebers verbessern sollen. «Das ist die beste Party in Davos», sagte augenzwinkernd Samuel DiPiazza, oberster Chef von PricewaterhouseCoopers (PWC), der grössten Rechnungsprüfungsfirma der Welt. Er hatte gemeinsam mit dem Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) zum Apéro und Abendessen im Fünfsternhotel Steigenberger Belvédère eingeladen. PWC spendet für jeden eingeladenen Gast zusätzlich 50 Franken an das UNHCR. Und die Eingeladenen wurden diskret aufgefordert, sich als Firma oder als Privatperson selber eine Spende zu überlegen. Als persönliche Belohnung durfte Gastgeber DiPiazza den ganzen Abend neben der Schauspielerin Angelina Jolie sitzen: Sie ist Botschafterin des UNHCR.

Die Sicherheitsvorkehrungen sind auch an diesen Anlässen hoch. Wer die beiden führenden Hotels, das «Belvédère» und den «Seehof», betreten will, muss die genau gleichen Checks durchlaufen, wie man sie auf Flughäfen kennt. Vor den Hoteleingängen sind Zelte aufgestellt mit Röntgenapparaten für das Gepäck und Eingangsporten mit Metalldetektoren. Wer einen verdächtigen Gegenstand mitführt, muss seine Tasche öffnen – sei er nun prominenter WEF-Teilnehmer, Hotelangestellter, WEF-Mitarbeiter oder Journalist.

Dasselbe Prozedere gilt für den Eintritt ins Kongresszentrum, wo das eigentliche WEF-Jahrestreffen stattfindet. Wer am Morgen an einer Diskussion teilnimmt, sich für das Mittagessen ins Luxushotel begibt und dann wieder ins Kongresszentrum zurückkehrt, wird mehrmals täglich gefilzt. Passanten, welche an den Hoteleingängen vorbeigehen, äussern regelmässig ihr Mitleid mit den WEF-Teilnehmern. Deren Lohn: Sind sie einmal drin, können sie sich frei inmitten der Prominenz bewegen. «Dinnen herrscht die heile Welt», sagte ein kritischer Beobachter.

Das wird auch heute Abend an der Gala Soirée der Fall sein. WEF-Gründer Klaus Schwab wird die in Frack und Abendkleid erscheinenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer per Handschlag begrüßen. Und er wird mit ihnen die grösste Party in Davos feiern.

Hans Galli

# Druck auf reiche Länder wächst

Die Hilfe an arme Länder dominiert das Weltwirtschaftsforum auch am dritten Tag

Die Chance für eine massive Erhöhung der Entwicklungshilfe am G-8-Treffen im Juli steigt. Auch der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder unterstützt den britischen Vorschlag. Die Schauspielerin Sharon Stone sammelt am WEF spontan eine Million für Tansania.

HANS GALLI, DAVOS

«Die Globalisierung bietet für alle mehr Chancen als Risiken. Wir müssen die Chancen nutzen und die Risiken abbauen», sagte der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder gestern am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos. Das grösste Risiko sei die Armut und die Ungleichheit auf der Welt. Die reichen Länder sollten sich aus Eigeninteresse für die Entwicklung einsetzen. Er werde deshalb in der G-8 die von Grossbritannien eingebrachte Idee einer Internationalen Finanzfazilität (IFF) unterstützen, sagte Schröder. Deutschland ist das vierte G-8-Mitglied nach Grossbritannien, Frankreich und Italien, welches die Idee unterstützt, die Mittel zugunsten der armen Länder sofort massiv zu erhöhen.

«Mit der IFF können die Industrieländer ihre Versäumnisse nachholen», sagte der britische Finanzminister Gordon Brown. Sie haben sich 1970 verpflichtet, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungsländer einzusetzen. Bis jetzt haben nur ganz wenige Länder wie die Niederlande und die skandinavischen Staaten dieses Versprechen erfüllt. 2002 haben sie letztmals zugesagt, die wichtigsten Ziele wie Zugang zu Bildung und Verminderung der Kindersterblichkeit bis 2015 zu erfüllen. «Mit den heute zur Verfügung stehenden Mitteln geht es 100 Jahre länger, nämlich bis 2115», kritisierte Gordon Brown.

Die reichen Länder könnten ihr Entwicklungshilfebudget nicht sofort massiv erhöhen. Deshalb soll die IFF als Überbrückungshilfe geschaffen werden: Die Weltgemeinschaft könne das Geld sofort zur Verfügung stellen und dann den Gläubigern während 30 Jahren zurückzahlen. Nach dem eindeuti-



Die Vorschläge von **Gordon Brown** (rechts) werden von Lula da Silva und Bill Gates mit Interesse entgegengenommen. SWISS-IMAGE.CH

gen Bekenntnis des deutschen Bundeskanzlers sei er zuversichtlich, dass der G-8-Gipfel die IFF Anfang Juli gutheissen werde. Ein erster Test erfolge nächste Woche beim Treffen der G-7-Finanzminister, erklärte Brown.

### Fünf Millionen Kinder retten

Die IFF sei ein reines Instrument zur Mittelbeschaffung. Eingesetzt werden soll das Geld über bestehende Fonds und Organisationen. Er begrüsse den Vorschlag, den Impfstofffonds von Bill Gates als Pilotprojekt einzusetzen. Mit 4 Milliarden Dollar könne der Fonds einen neuen Impfstoff gegen Malaria entwickeln, damit 5 Millionen Kinder impfen und deren Leben retten. Und mit weiteren 10 Milliarden Franken könnte jedem Kind weltweit eine Grundausbildung gewährt werden.

Weiterhin umstritten ist die Finanzierung des Fonds. Die von Jacques Chirac vorgeschlagene Steuer

auf spekulativen Kapitaltransaktionen (Tobin-Steuer) sei prüfungswert, sagte Schröder. Auch der neue französische Wirtschafts- und Finanzminister Hervé Gaymard verteidigte Chiracs Vorschläge. Brown zeigte sich jedoch skeptisch. Wenn wichtige Länder nicht mitmachen, sei die grenzüberschreitende Steuer nicht zu verwirklichen. Brown setzt eher auf die Kapitalbeschaffung durch Anleihen, liess er durchblicken.

### Spontane Millionenspende

Das dauere alles viel zu lange, er benötige das Geld nicht erst am 6. Juli oder noch später, sondern jetzt, stellte Tansanias Präsident Benjamin William Mkapa mit erregter Stimme fest. In seinem Land müssten Kinder sterben, weil Moskitonetze fehlten.

«Ich spende 10 000 Dollar für Moskitonetze in Tansania – wer mitmacht, soll aufstehen», rief die Filmschauspielerin Sharon Stone in der Saal. Innert weniger Minu-

ten kam die Summe von einer Million Franken zusammen.

### Druck mit weissem Band

Einen Brückenschlag zwischen dem Weltsocialforum in Porto Alegre und dem WEF schlug gestern der Global Call to Action Against Poverty. Hunderte von Organisationen unterstützen weltweit den in Porto Alegre unter Anwesenheit von Brasiliens Präsident Lula da Silva lancierten Aufruf gegen die Armut. Gestern traten die Aktivisten des Global Call an einer Pressekonferenz des WEF gemeinsam mit dem britischen und dem französischen Finanzminister auf.

Ihr Kennzeichen ist ein weisses, um den Kopf oder um den Arm getragenes Band. Bis Ende Jahr sollen Millionen Menschen in der Welt das weisse Band tragen. Der stille Protest soll so stark werden, dass erstens die G-8 im Juli die IFF beschliessen muss. Zweitens soll die WTO Ende Jahr die Agrarsubven-

tionen der reichen Länder abschaffen, und drittens sollen die reichen Länder gezwungen sein, den ärmsten Ländern sämtliche Schulden zu erlassen.

«Wir wenden heute mehr Geld für den Schuldendienst auf als für unsere Schulen. Ein Schuldenerlass wäre deshalb die grösste Hilfe», erklärte Mkapa. «Die armen Länder wollen ihre landwirtschaftliche Produktion ausbauen und ihre Produkte in die Industrieländer exportieren. Die Agrarsubventionen der reichen Staaten hindern sie daran», bekräftigte Lula da Silva, der gestern aus Porto Alegre kommend im verschnittenen Davos eintraf. «Die Entwicklungsländer haben bei der gescheiterten WTO-Konferenz in Cancun gezeigt, dass sie sich nicht länger übertölpeln lassen. «In Hongkong müssen die Exportsubventionen für Landwirtschaftsprodukte verboten werden», forderte auch Oxfam-Präsidentin Mary Robinson.

# «Big Brother» der Menschenrechte

2000 Firmen werden vom **Business & Human Rights Resource Centre** überwacht

Die Uno und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wollten mit der Seite verlinkt sein: Die Homepage über Verstösse gegen Menschenrechte von Firmen scheint begehrt zu sein. Sie soll vom Konzern bis zum Konsumenten alle informieren.

BARBARA CHRISTEN, DAVOS

Eine Kaffeeplauderei in London gab den Ausschlag. Ulf Karlberg, der ehemalige Vizepräsident bei AstraZeneca, und Christopher Avery, ehemaliger Anwalt bei Amnesty International, hatten die Idee, Informationen über Unternehmen und ihre soziale Verantwortung zu sammeln. Nicht einfach eine Anhäufung von Informa-

tionen sollte es werden, sondern eine Plattform, die Firmen dazu bringt, die Menschenrechte einzuhalten. Damit es nicht nur Anschuldigungen an die Adresse der Konzerne gibt, werden die betroffenen Firmen vor der Publikation um einen Stellungnahme angefragt. Aber auch Nachrichten von Unternehmen, die sich sozial besonders gut engagieren, sollen Platz haben. Gestern präsentierten die beiden nun ihr «Kaffee-Kind» in Davos den Medien.

### Von der A&G bis zur Zurich

Über 2000 Firmen werden nun beobachtet. Dies von vier Festangestellten und mit einem Jahresbudget von 200 000 Pfund (siehe Kasten). «Wir haben jedoch viele Freiwillige, die uns helfen», sagt Christopher Avery, heute Direktor des Business & Human Rights Resource Centre. Geplant ist auch ein

Ausbau: Teilzeitmitarbeitende in Indien, Brasilien und Indonesien sollen Informationen aus ihren Gebieten liefern.

«Wie eine Bibliothek mit Hintergrundinformationen» soll die Homepage zu nutzen sein: 2000 Firmen, 160 Länder und über 150 Themen wie Umwelt, Diskriminierung, Sicherheit, Gesundheit. Bei den Firmen geht es von der A&G Group bis zur Zurich Financial Services. A&G ist ein Juwelierkonzern, bei dem die Gefahr besteht, dass «Blutdiamanten» zum Einsatz kommen, Zurich der Schweizer Versicherungskonzern.

### Mary Robinson ist Präsidentin

Tägliche Updates sollen die Seite aktuell halten. Mit einem wöchentlichen Newsletter sollen Interessierte die neuesten Hinweise erhalten – auch diese mit integrierter Antwort der betroffenen Firmen.

Präsiert wird die Organisation von Mary Robinson, der ehemali-

## Unwillkommenes Geld

Geld von Regierungen wollen sie nicht. Auch keines von Firmen oder Firmenstiftungen. Christopher Avery, Direktor des Business & Human Rights Resource Centre: «Wir wollen unabhängig und transparent sein.» Die Anschubfinanzierung gewährte Amnesty International. Heute kommt das Geld von unabhängigen Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und Privaten. Auf der Homepage kann man die Geldgeber nachlesen. (bc)

gen Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte. Im Beirat sitzen unter anderem Sumi Dhanarajan, ein ehemaliger Anwalt der Hongkonger Demokratischen Partei, und der ehemalige BP-Kommunikationschef Christopher Marsden.

### Konsumenten und Chefs

Konsumenten, Akademiker, Fondsmanager, Nichtregierungsorganisationen und Konzernchefs auf der ganzen Welt sollen mit den Informationen versorgt werden. «Information ist heute die schärfste Waffe», sagt Avery. Mary Robinson schreibt auf dem Flyer: «Ohne Fakten kann eine Debatte nicht vorwärts gebracht werden und sind positive Veränderung nicht möglich.» Das Business & Human Rights Resource Centre will diese Fakten für alle an einem Ort bereitstellen – auf ihrer Homepage [www.business-humanrights.org](http://www.business-humanrights.org).